

Die Frauen in der deutschen Politik

Im November 1918 wurde das aktive und passive Wahlrecht für Frauen in Deutschland gesetzlich eingeführt. Seit fast 40 Jahren also stehen die Stimmen der Frauen gleichberechtigt neben denen der Männer, seit fast 40 Jahren haben Frauen die Möglichkeit, in der politischen Arena, die solange ein Kampffeld nur der Männer gewesen ist, mitzureden und mitzuhandeln.

In welchem Maße nun machen sie von den ihnen gewährten Rechten Gebrauch? Wie fällt ihre politische Entscheidung aus? Welches sind die Hauptformen ihrer politischen Aktivität? Mit diesen Fragen hat sich *Gabriele Bremme* im Auftrage des UNESCO-Institutes für Sozialwissenschaften, Köln, intensiv beschäftigt und die Ergebnisse in Band 4 der Schriftenreihe des Institutes niedergelegt¹⁾.

Wenn man allgemein die Teilnahme von Frauen an den seit 1945 durchgeführten Wahlen betrachtet, so stellt man fest, daß die weibliche Stimmenabgabe im Steigen begriffen ist. Sie nähert sich immer mehr der der Männer, ja hat sie teilweise schon überschritten (z. B. bei den Bundestagswahlen 1953, wo von 100 Wählern 54 Frauen waren gegenüber 54,9 weiblichen Wahlberechtigten; das bedeutet, daß 84,9 vH Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten). Gabriele Bremme sieht hierin — „mit aller Vorsicht“ — eine Art „politischen Reifungsprozesses“ in dem Sinne, daß die Frauen eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Fragen der Politik gewinnen. Sie vergleicht diese Entwicklung mit derjenigen nach dem Jahre 1871, in dem das Wahlrecht für die männliche Bevölkerung eingeführt wurde. Auch damals machten die Männer erst allmählich von ihrem neuen Recht Gebrauch, und man muß bei Betrachtung der weiblichen Wahlbeteiligung diese Phasenverschiebung auf Grund des um 50 Jahre später eingeführten Wahlrechts für die Frau in Betracht ziehen, wenn man die Stimmabgabe von Männern und Frauen vergleicht.

Auffallend ist die starke Schwankung der weiblichen Beteiligung bei den verschiedenen Wahlen. Es hat sich erwiesen, daß Frauen in „normalen“ Zeiten, d. h. wenn das bestehende politische Gefüge nicht der Gefahr einer Veränderung unterliegt, in geringerem Maße ihre Stimme abgeben als in „Krisenzeiten“, wenn mehr auf dem Spiel steht als der übliche Wettstreit der Parteien.

Die Wahlbeteiligung der Frauen ist nicht so sehr eine Frage des Geschlechtes als vielmehr des Alters. Während in der Weimarer Republik (kurze Zeit nach Einführung des Wahlrechts für Frauen) die Zahl der weiblichen Wähler in allen Altersgruppen weit hinter der der männlichen zurückblieb, ist heute in diesem Punkt die Frage der Erlebnisgeneration wesentlich. Die jetzt 50- bis 60jährigen, die die große Wende in der Frauenbewegung sowie den zweiten Weltkrieg mit vollem Bewußtsein erlebt haben, gehören zu den politisch aktivsten Frauen.

Eine starke Wahlbeteiligung weisen die verheirateten Frauen auf, und 90 vH aller Verheirateten treffen die gleiche Entscheidung wie der Ehepartner, d. h., die meisten Ehefrauen wählen die Partei ihres Mannes. Als Ursache hierfür wird die wirtschaftliche Abhängigkeit und Unterordnung der Frau gegenüber dem Manne angesehen. Gleiche Ergebnisse haben Untersuchungen in Frankreich und Norwegen gebracht, wo die größte Übereinstimmung zwischen Ehegatten zu finden ist bei Geschäftsleuten (gleiches wirtschaftliches Interesse), Agrariern (Abhängigkeit der Frau auf dem Lande) und Anhängern der Linksparteien (stark ausgeprägtes politisches Bewußtsein der Frauen und gemeinsames Klasseninteresse). Auseinandergehende Wahlentscheidungen findet man dort besonders bei den freien Berufen, den Wählern vor allem der liberalen Parteien (höherer Bildungsstand und größere geistige Freiheit der Frau). In der Bundesrepublik fiel, wenn Ehegatten eine unterschiedliche Entscheidung trafen, die der Frauen zugunsten der CDU, die der Männer zugunsten der SPD.

1) Dr. Gabriele Bremme „Die politische Rolle der Frau in Deutschland“, Schriftenreihe des UNESCO-Institutes für Sozialwissenschaften, Köln, Band 4, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1956. — 224 S., 18,80 DM

Ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Frau in die Öffentlichkeit ist das Heraus-treten aus dem engen Kreis der Familie in den Beruf. *Schelsky* weist darauf hin, daß durch der soziale Status der Frau „so sehr seine grundsätzliche Spannung und Unterschiedlichkeit zu dem des Mannes verloren hat, daß nun die Differenzierung der sozialen Interessenlagen der Frauen untereinander gewichtiger werden als deren Gemeinsamkeit gegenüber dem Manne“²). Die Wahlbereitschaft unter den berufstätigen Frauen ist außerordentlich verschieden. Während Beamtinnen, Selbständige, in freien Berufen Tätige und Angestellte darin über dem Durchschnitt liegen (Beamtinnen 23 vH!), sinken Arbeiterinnen (70 vH) und landwirtschaftliche Kräfte (64 vH) weit darunter. Die Schwankungsbreite unter den berufstätigen Frauen ist also wesentlich größer als unter nichtberufstätigen Frauen oder unter Männern. Damit bestätigt sich die von *Schelsky* vertretene These, daß dem Geschlechtsunterschied heute nicht mehr die größte Bedeutung zukommt.

Der wichtigste Faktor scheint bei Betrachtung der Wahlbeteiligung von Frauen der der Konfession zu sein. Hier zeigen die Statistiken deutlich eine außerordentlich große Wahlbeteiligung katholischer Frauen, und *Gabriele Bremme* bemerkt, daß „kein Geringerer als der Papst, auf die politische Verantwortung der Frauen hinweisend, ihre Wahlbeteiligung als eine christliche Gewissenspflicht bezeichnet hat“³). So wählten denn auch bei der Bundestagswahl 1953 90 vH der katholischen Frauen gegenüber 85,3 vH aller Frauen.

Auch bezüglich der Entscheidung dieser katholischen Frauen erhebt sich die Frage, ob ihre Wahl von irgendwelchen Kräften beeinflußt wird. Eine entsprechende Umfrage ergab, daß die Hälfte der „regelmäßigen Kirchgänger“ sich zur CDU bekannte, ein Zehntel zur SPD und der Rest zu anderen Parteien. Oder: zwei Drittel aller CDU-Anhänger und ein Drittel aller SPD-Anhänger bezeichneten sich als „regelmäßige Kirchgänger“. *Gabriele Bremme* kommt in dieser Frage zu folgendem Schluß: „Selbst wenn man von der Teilnahme am Gottesdienst (Messe) als der institutionellen Möglichkeit absieht, die stärker als irgendeine andere vergleichbare Institution an Zahl und Intensität Menschen zu beeinflussen vermag, verfügt die katholische Kirche über Möglichkeiten, die in ihren zahlen- und größenmäßigen wie organisatorischen Dimensionen so gut wie außer Konkurrenz stehen. Die katholischen Frauen sind stärker als die nichtkatholischen verbandsmäßig organisiert“⁴).

Die Statistiken der Wahlen vor 1933 und nach 1945 haben gezeigt, daß die Frau als Wählerin immer die christlichen und konservativen Parteien bevorzugt, daß sie sich in ihrer politischen Entscheidung weniger von konkreten politischen Tagesfragen leiten läßt (über die sie im Durchschnitt schlechter informiert ist als der Mann), sondern mehr von Gefühlswerten, und somit auch leichter empfänglich ist für eine an diese Gefühle appellierende Propaganda. Die Parteien tragen dem Rechnung und stellen in den Mittelpunkt ihrer Wahlwerbung etwa die Mutter, den Frieden, die Sicherheit. Wenn die Frau aber regelmäßig wählt, dann zeichnet sie sich meist durch „Parteitreue“ aus, d. h., sie trifft ihre Entscheidung nicht nach augenblicklichen politischen Gegebenheiten. In der Weimarer Zeit entschied sich der größte Teil der Frauen für die Zentrumsparterie, wobei nicht das konservative Element, sondern das christliche ausschlaggebend war. Da heute die CDU besonders von den — gefühlsbetonten — Frauen gewählt wird, kann man davon sprechen, daß sie die Nachfolge des Zentrums angetreten hat. Wesentlich wird hierbei auch die Person des Bundeskanzlers ins Gewicht fallen, da Frauen immer gern ihre Stimme einem starken Mann geben. Dieser Faktor ist aber nicht überzubewerten, denn auch in Zeiten, da keine überragende Persönlichkeit vorhanden war, sind die Frauen dem Zentrum treu geblieben.

2) Helmut Schelsky „Die gelungene Emanzipation“, „Merkur“, Heft 4, 1955.

3) Gabriele Bremme, a.a.O. S. 93.

4) Gabriele Bremme, a.a.O., S. 92/93.

Je weiter sich die Parteien von der Mitte nach links entfernen, desto weniger konnten sie bisher weibliche Stimmen auf sich vereinigen. Das führte bis zu einer fast ängstlichen Meidung der KPD. Diese Zurückhaltung der Frauen gegenüber den linken Parteien galt zunächst sogar für die SPD, die neben der Demokratischen Partei doch führend war im Kampf um das Wahlrecht für die Frauen und die auch die meisten Frauen in ihrer Führung hatte. Erst als sie sich, so meint Gabriele Bremme, zu einer veränderten Haltung in kirchlichen Fragen entschloß, trat hier eine Änderung ein. Heute vereinigt die Partei zwar noch immer eine geringere Zahl von weiblichen als männlichen Stimmen auf sich, aber da die Zahl der Männerstimmen wächst, bleibt die der Frauen notwendig unter dem Durchschnitt. In protestantischen Gegenden und Gebieten, wo die SPD relativ stark ist, wird sie auch — als starke Kraft — von mehr Frauen bevorzugt.

Die vorliegenden Statistiken haben die erstaunliche Tatsache enthüllt, daß in der Bundesrepublik die Frauen die Wahlentscheidung fällen.

Bekanntlich hat die CDU 1953 im Bundestag die absolute Mehrheit erlangt. Das wäre ohne die vielen Stimmen der Frauen nicht möglich gewesen. Auch die Zweidrittelmehrheit, die für die Durchbringung wichtiger Beschlüsse im Plenum notwendig ist, hätte die CDU in Verbindung mit ihren Koalitionsparteien nicht erreicht, wenn sie sich nicht auf das große weibliche Wählerkontingent hätte stützen können. Schließlich muß man in Betracht ziehen, daß Regierungsbildung und Zusammensetzung der parlamentarischen Ausschüsse von der Fraktionsstärke abhängen, so daß auch hier wieder die große Zahl von Frauenstimmen für die CDU von ausschlaggebender Bedeutung ist. Man kann sich demnach wohl der Meinung von Gabriele Bremme anschließen, daß die Frauen in der Bundesrepublik durch ihre Wahlentscheidung den Ausgang der Bundestagswahlen 1953 bestimmt und damit stark die Politik der vergangenen vier Jahre beeinflußt haben, und auch bei der kommenden Bundestagswahl wird die Entscheidung bei ihnen liegen.

Was den weiblichen Einfluß in den parlamentarischen Ausschüssen betrifft, so sind hier die Frauen in größerer Zahl vertreten, als ihrem Anteil im Plenum entspricht, und wenn man die immer stärkere Verlagerung der parlamentarischen Arbeit vom Plenum in die Ausschüsse in Betracht zieht, so sind die Frauen gerade dort stärker beteiligt, wo das Wesentliche der gesetzgeberischen Arbeit sich vollzieht. Es ist interessant, sich dies einmal klarzumachen. Noch vor 50 Jahren durfte keine Frau an einer politischen Versammlung teilnehmen, vor 40 Jahren noch hatte keine das Recht, ihre Stimme bei der Entscheidung der politischen Geschicke Deutschlands abzugeben, und heute schon bilden die Frauen das Zünglein an der Waage, sind sie es, von deren Entscheidung unsere wichtigsten Lebensfragen abhängen.

In welchem Maße aber beteiligen sich die Frauen in der Bundesrepublik über den Wahlakt hinaus aktiv am politischen Leben? Wie immer in Krisenzeiten, wurden auch nach 1945 die Frauen auf den Plan gerufen; ihrer Mitarbeit am Wiederaufbau des politischen Lebens kam der Mangel an politisch unbelasteten Kräften zugute. Man nahm sie — im Gegensatz zu 1919 — vor allem in die Kommunalarbeit hinein, so daß sie in gesünderer, kontinuierlicher Weise in ihre neuen Aufgaben wachsen konnten. Zunächst macht sich rein zahlenmäßig die 15jährige Ausschaltung der Frauen durch den Nationalsozialismus nicht bemerkbar. Es bleibt aber abzuwarten, wie die Dinge sich entwickeln, wenn diejenigen weiblichen Parlamentarier ausgeschieden sind, die schon in der Weimarer Republik aktiv tätig waren und heute einen großen Teil der weiblichen Abgeordneten ausmachen.

Zwischen der Zahl der weiblichen Wählerinnen und der der weiblichen Parteimitglieder besteht noch eine große Diskrepanz. „Während der Frauenanteil unter den Wahlberechtigten heute durchschnittlich etwa 55 vH beträgt, unter den Wählern mit geringen Abweichungen noch über 50 vH, beträgt der weibliche Mitgliederanteil in den politischen Parteien durchschnittlich nur mehr 25 vH. Liegt die Wahlbeteiligung der Frauen in der Regel nur 5 bis 10 vH unter derjenigen der Männer, so gehören nur 1 vH aller weib-

lichen Wahlberechtigten gegenüber 5 vH der männlichen Wahlberechtigten einer politischen Partei als Mitglied an⁵⁾.“ Bei der Untersuchung der Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Mitwirkung der Frau in Partei und Parlament ergibt sich, daß Frauen, die als erste den Willen zur politischen Mitarbeit hatten, zunächst einmal vor Startschwierigkeiten standen: Durch die soviel spätere Gewährung politischer Rechte fanden sie eine politisch-parlamentarische Ordnung vor, die es nicht mehr ohne weiteres erlaubte, „den neu einströmenden Kräften die ihnen adäquaten und von ihnen geforderten Gestaltungsmöglichkeiten zu geben⁶⁾“.

In Betracht gezogen werden muß auch, daß die Erlangung des aktiven und passiven Wahlrechts nur ein Teil des großen Entwicklungsprozesses ist, dem die Frau innerhalb der vergangenen Jahrzehnte unterworfen ist und der ihre gesellschaftliche Stellung auf nahezu allen Lebensgebieten, wie Familie, Ehe, Beruf und Bildung, beinhaltet. Vor allem die Berufstätigkeit der Frau bildet, wie schon erwähnt, ein wesentliches Fördermoment auf ihrem Wege in die politische Arbeit. Die berufstätige Frau ist weniger organisations scheu, man findet bei ihr eine größere politische Aktivität. Sie hat bereits den Schritt aus der wohlumgrenzten Geborgenheit der Familie getan, und mit wachsender Selbständigkeit wächst auch ihr Selbstvertrauen. Allerdings darf man den Einfluß der Berufstätigkeit der Frau auf ihre politische Aktivität nicht überbewerten. Zwar wächst damit ihre politische Aufgeschlossenheit, aber da der größte Teil der berufstätigen Frauen sich noch in untergeordneten Stellungen befindet, kann ihr Einfluß im politischen Leben noch nicht so groß sein, wie man vielleicht annehmen möchte. Mit zunehmender Ausbildung und Qualifizierung der Frauen im Beruf werden auch wachsende politische Aktivität und Einflußnahme kommen. Bei katholischen Frauen spielen noch alte, traditionelle Auffassungen hinein, wie etwa „die Frau gehört ins Haus“ oder „eine Frau tritt nicht in der Öffentlichkeit hervor“. Die so aktiven katholischen Wählerinnen sind zum großen Teil Mitglieder konfessioneller und karitativer Verbände, die gewissermaßen die Brücke bilden zwischen der unorganisierten Abgeschlossenheit der Frau und ihrer Tätigkeit in der Partei. Diese Verbände bleiben aber doch im vorpolitischen Raum, und auch ihre Mitglieder tun nicht leicht den Schritt in die Partei.

Anders sieht es in der SPD aus, in der die größte Anzahl aller parteimäßig gebundenen Frauen organisiert ist. Ein großer Funktionsbedarf, namentlich auf den unteren Stufen, bietet hier den Frauen die Chance, von Grund auf in die politische Verantwortlichkeit hineinzuwachsen. Hinzu kommt die starke Tendenz der SPD zur Behandlung sozialer und kultureller Fragen (gegenüber der bei der CDU vorrangigen Außenpolitik), für die gerade Frauen eine besondere Neigung haben.

Damit schneiden wir das Problem der Begrenzung der politischen Tätigkeit der Frau auf die Gebiete der Kultur- und Sozialpolitik an. Gabriele Bremme sieht den Grund dafür zwar auch wie Prof. *Maurice Duverger*⁷⁾ in einem Ab- und Beiseiteschieben von Seiten der männlichen Kollegen („Frauenfreundlichkeit“ zeigen Männer innerhalb der Partei meist nur grundsätzlich, nicht aber für den eigenen Bereich), besonders aber in der Tatsache, daß hier die stärksten Interessen und Qualifikationen der Mehrzahl der politisch tätigen Frauen liegen.

Grundsätzlich ist die Gleichberechtigung der Frau zwar heute festgelegt, jedoch noch immer bestehen Gesetzeslücken bezüglich ihrer familien- und arbeitsrechtlichen Stellung. Diese Mängel werden aber wohl nur in dem Maße behoben werden, wie die Frauen selbst den Prozeß ihrer Integration in das gesamte gesellschaftliche Leben vorantreiben, indem sie sich interessieren für alle Dinge des öffentlichen Lebens, indem sie sich fortbilden und qualifizieren und auf Grund neu gewonnener Fähigkeit ihre Hemmungen überwinden, die den meisten von ihnen heute noch den Mut zur Verantwortung nehmen.

5) Gabriele Bremme, a.a.O. S. 217.

6) Gabriele Bremme, a.a.O. S. 219.

7) Prof. Maurice Duverger „La participation des femmes à la vie politique“, Paris 1955.